

ENTFÜHRUNGEN

Jemenitische Rätsel

Bis heute hat die Bundesregierung keine Klarheit darüber, ob die im Juni im Jemen entführte deutsche Familie aus Sachsen noch lebt und wer hinter der Verschleppung steht. Zwei im Herbst der deutschen Botschaft in Sanaa zugespielte Videos zeigen nicht die ganze Familie, sondern lediglich die Kinder Lydia, 5, Anna, 3, und Simon, 1. Bei der ersten Aufnahme, die dem Krisenstab Anfang August übergeben wurde, ist vor allem eines der Mädchen zu sehen. Im September reichten die Entführer über Mittelsmänner eine zweite Aufnahme nach, bei der Simon in einem alarmierenden gesundheitlichen Zustand abgebildet ist. Versuche des Krisenstabs im Auswärtigen Amt, den Entführern Medikamente für die Kinder zukommen zu lassen, scheiterten allerdings. Von den Eltern Johannes und Sabine H., beide 37, fehlt seit der Verschleppung in der nordjemenitischen Provinz Saada jede Spur. Eine Untersuchung der Videos ergab zudem, dass die digitale Datierung nachträglich manipuliert wurde, um die Aufnahmen aktueller erscheinen zu lassen. Zu den Rätseln der Entführung gehört, dass die Kidnapper zwar Geld forderten, aber seither keinen weiteren Kontakt mehr gesucht haben. Politische Forderungen wurden bislang nicht gestellt. Das wiederum passt nicht zu der von den deutschen Sicherheitsbehörden vermuteten Beteiligung von al-Qaida an der Entführung. Der Krisenstab hofft nun darauf, dass sich die Entführer erneut melden. Der frühere Staatssekretär Jürgen Chrobog vermittelt in dem Fall als Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes. Chrobog war vor vier Jahren zusammen mit seiner Familie selbst Entführungsoffer im Jemen.



Protestler im Jemen mit Bild der Entführten



Weber



GRIECHENLAND

Keine Hilfe vom IWF

Die Finanzprobleme des Euro-Mitgliedstaates Griechenland werden innerhalb der Europäischen Union gelöst – ohne Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Haltung zeichnet sich bei immer mehr Politikern und Notenbankern ab. „Wir brauchen den IWF nicht“, sagt Bundesbankpräsident Axel Weber. Er verweist darauf, dass eine Finanzierung von Budgetdefiziten aus Zentralbankmitteln, die dem IWF zur Verfügung stehen, in Europa verboten ist. Weber zieht damit an einem Strang mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ein Einschreiten des IWF politisch für ein falsches Signal hält. Die EU sei stark genug, um mit dem Problem allein fertig zu werden. Gegen ein Einschreiten des IWF spricht nach Ansicht von Notenbankern auch, dass im Falle Griechenlands nicht das Vertrauen in die Währung gestört ist. Stattdessen haben die Akteure an den Finanzmärkten Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Schuldners, des griechischen Staates. Unterdessen ha-

ZEITGESCHICHTE

„Gesetzlose Praxis“



Josef Foscepoth, 62, lehrt Neueste Geschichte an der Universität Freiburg.

SPIEGEL: Die Bundesregierung hat jetzt eingeräumt, dass der Zoll bis zur deutschen Einheit 1990 Postsendungen aus der DDR kontrollierte. Überrascht Sie das?

Foscepoth: Mich überrascht die Begründung. Die Bundesregierung beruft sich für die jahrzehntelange Praxis auf die Interzonenüberwachungsverordnung von 1951, dabei regelt seit 1961 ein Gesetz die Zensur durch den Zoll.

SPIEGEL: Warum hat ausgerechnet der Zoll Briefe und Pakete kontrolliert?

Foscepoth: Anfang der fünfziger Jahre schickte die DDR massenweise Postsen-

dungen mit Propagandamaterial gegen die Westintegration der Bundesrepublik über die innerdeutsche Grenze, und die Alliierten baten Kanzler Adenauer um Hilfe bei der Postzensur. Man sorgte sich, die Westdeutschen könnten der SED auf den Leim gehen. Nach dem Grundgesetz ist aber eine Verletzung des Postgeheimnisses ohne entsprechendes Gesetz unzulässig. Adenauer stimmte trotzdem zu. Nun sah die Interzonenüberwachungsverordnung ohnehin vor, dass die Post dem Zoll Sendungen aus der DDR vorlegte, wenn diese dem Anschein nach Waren oder Wertpapiere enthielten. Fortan suchte der Zoll auch nach Propagandamaterial.

SPIEGEL: Das klingt abenteuerlich.

Foscepoth: Das sahen auch manche leitende Beamte so. Immer wieder äußerten sie rechtsstaatliche Bedenken gegen die „gesetzlose Verwaltungspraxis“, wie sie es formulierten.

SPIEGEL: Wie lief die Kontrolle ab?

Foscepoth: Es wurde ein gestaffeltes Überwachungssystem entwickelt. Sobald Züge aus der DDR mit Post die innerdeutsche Grenze passiert hatten, stiegen westdeutsche Postbeamte zu und sortierten noch im Zug die Sendungen vor. An den zentralen sogenannten Aussonderungs-



Deutsche Bundesbank in Frankfurt am Main

BOENING / ZENIT / LAIF

ben sich auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages mit der Krise in Griechenland beschäftigt. Die Experten kommen in einer Analyse für den FDP-Abgeordneten Volker Wissing zu dem Schluss, dass sich ein Mitgliedsland nicht wegen Zahlungsunfähigkeit aus der Gemeinschaft ausschließen lässt. Jedoch könnten bei Verstößen gegen die Grundsätze der Währungsunion die Mitgliedsrechte eines Landes suspendiert werden, zum Beispiel das Stimmrecht im Europäischen Rat. Wissing fordert die EU deshalb auf, „künftig genauestens zu prüfen, dass neue Mitglieder tatsächlich dauerhaft in der Lage sind, den Anforderungen einer gemeinsamen Währung gerecht zu werden“.

stellen Hamburg, Hannover, Bad Hersfeld und Hof wurde die verdächtige Post dann dem Zoll übergeben.

SPIEGEL: Vom BND ist bekannt, dass er Post aus der DDR öffnete, unter anderem um ein Bild von der dortigen Stimmung zu bekommen. Die Briefe wurden dann wieder verschlossen und zugestellt. Was machte der Zoll damit?

Foschepoth: Wenn man sogenannte staatsgefährdende Schriften fand, wurden sie dem Staatsanwalt übergeben oder vernichtet, zeitweise übrigens von Häftlingen in einem Zuchthaus in Hannover.

SPIEGEL: Wie viele Sendungen wurden nach Ihrer Einschätzung konfisziert?

Foschepoth: In den Akten lässt sich nachweisen, dass alliierte und deutsche Stellen zwischen 1956 und 1972 mindestens 151 Millionen Postsendungen aus dem Verkehr zogen.

SPIEGEL: Und das wurde bis 1990 so gehandhabt?

Foschepoth: Über die siebziger und achtziger Jahre wissen wir bislang wenig. Die Akten liegen nämlich der Forschung nicht vor.

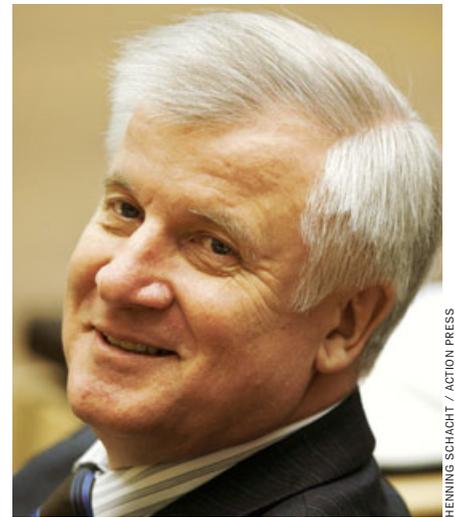
SPIEGEL: Sind denn auch private Briefe geöffnet worden?

Foschepoth: Selbstverständlich. Die Bundesrepublik dürfte das am besten überwachte Land im demokratischen Westen gewesen sein.

KOALITION

CSU will Spekulationen besteuern

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert, zum Ausgleich der Lasten der Finanzkrise neue Steuern einzuführen. „Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Kosten der Finanzkrise bezahlen. Ein Instrument dafür könnte eine internationale Finanztransaktionssteuer sein“, sagte der CSU-Chef. Er fügte hinzu: „Es geht dabei auch darum, diejenigen an der Bewältigung der Krise zu beteiligen, die zuvor zu ihrer Entstehung beigetragen haben.“ Vor Seehofer hatte sich schon Bundeskanzlerin Angela Merkel für die Einführung einer solchen Steuer ausgesprochen. Seehofer lässt derzeit von seinen Beamten prüfen, welche Form eine Finanztransaktions-



HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Seehofer

steuer annehmen könnte. Die FDP-Führung hat schon Widerstand gegen das Vorhaben der Union angekündigt.

STRAFVOLLZUG

Pistole im Knast

Offenbar hatten die beiden Schwereverbrecher, die Ende November aus dem Aachener Gefängnis ausbrachen, noch einen zweiten Fluchtplan vorbereitet. Für den Fall, dass ihr Ausbruch unter Mithilfe eines Wachbeamten nicht klappen sollte, hatte sich

Michael Heckhoff eine Gaspistole beschafft. Mit dieser täuschend echt aussehenden Waffe hatten er und sein Komplize Peter Paul Michalski offenbar vor, einen Gefängnisbeamten als Geisel zu nehmen und so ihre Freilassung zu erzwingen. Als der erste Fluchtversuch glückte, warfen sie die Gaspistole in der Nähe des Gefängnisses auf dem Gelände einer Kläranlage weg, wo sie Mitte Dezember nach einer Beschreibung von Heckhoff gefunden wurde. Bei ihrer Flucht hatten die Häftlinge zwei scharfe Dienstpistolen dabei und zwei Mobiltelefone. Als Beschaffer und Fluchthelfer wird gegen den Beamten Michael K. ermittelt (SPIEGEL 51/2009), der Verdacht gegen ihn hat sich nach Angaben von Ermittlern in den letzten Tagen erhärtet. Das Verfahren gegen K. wird derzeit unter ungewöhnlich strenger Geheimhaltung geführt. Noch kurz vor Weihnachten kämpfte K.s Kölner Rechtsanwalt Thomas Gros um Akteneinsicht. Die Staatsanwaltschaft Aachen verweigerte dem Verteidiger sogar die Einsicht in die Vernehmungsprotokolle seines Mandanten, da dessen Verhalten von „Täuschungshandlungen gekennzeichnet“ sei. Über Gros' Antrag auf Aussetzung des Haftbefehls soll frühestens Anfang Januar entschieden werden.



Michalski



Heckhoff

POLIZEI / DDP



JORG CARSTENSEN / DPA